

# Volksstimme

Eingelnummer 30 Bg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Traubstraße 17  
Fernr. 6002. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich  
außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage  
„Volk und Zeit“.

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Marktstr. 27  
Fernr. 5407. Verlagskonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 283

Verlagspreis: Aufwärts 10 Pf. monatlich, 1.20 Mk. vierteljährlich, 4.80 Mk. halbjährlich, 9.60 Mk. jährlich. Einmalige Abnahme 50 Pf. bis 1.00 Mk. Nachbestellung im Preis für 15. monatlich 5.00 Mk. Vierteljährlich 15.00 Mk.

Halle, Donnerstag, den 2. Dezember 1920

Abonnementpreis: Im voraus, halbjährlich 9.60 Mk., vierteljährlich 4.80 Mk., monatlich 1.60 Mk. Einmalige Abnahme 50 Pf. bis 1.00 Mk. Nachbestellung im Preis für 15. monatlich 5.00 Mk. Vierteljährlich 15.00 Mk.

4. Jahrgang

## Das Elend der Brotgetreide-Versorgung. Die Spinne „Drgetelch“ — Aus dem Reichstag: Die ersten Handelsabkommen.

Der Schwindel, daß eine Erhöhung der Brotationen in Aussicht stünde, wird jetzt selbst in der sonst so laut schreienden Rechtsprelle ausgegeben. Die entsetzliche Wahrheit über die Zustände, in die uns das gegenwärtige System Hermes immer tiefer und rettungsloser hineinzieht, wird jetzt enthüllt. Die Ablieferung von Getreide hat praktisch aufgehört. An Stelle des Bedarfs von zwei Millionen Tonnen ausländischen Getreides wird jetzt ein Bedarf von drei Millionen Tonnen errechnet. Wieviele Millionen diese Kosten werden, hängt von dem schwankenden Kurs ab. Ueber-schlägt man, so mindestens 25 Milliarden sein, von denen 15 Milliarden ungedeckt von der Reichskasse als Zuschuß zu tragen liegen werden. Die letzten Anläufe, die auf Seiten des Dr. Hermes alle agrarischen Organisationen auf die Lieferung von Brotgetreide erlassen, haben, sind gänzlich wirkungslos geblieben. Nachdem der Herr Hermes seine Schuldigkeit getan hat, die Agrarwirtschaft unumwiderrichtig zu zerstören, lassen die Bauern diesen Mord jetzt gehen: sie halten mit dem Getreide zurück, wie mit den Waffen.

Woher das arme deutsche Volk die Mittel zum Einkauf der drei Millionen Tonnen Auslandsgetreide nehmen soll, wissen nur die Götter und besonders Gott Hermes; der Finanzminister Witth weiß es ganz genau nicht. Dabei ist es mit den 15 Milliarden Reichsdollars allein für Brotgetreide nicht getan. Außerdem soll der Staat, len man für die freie Wirtschaft freigegeben hat, durch Staatsmittel auf etwa die Hälfte des Preises beschliffen werden, damit die Bauern nicht weiter wie bisher nahezu alles Brotgetreide veräußern. Auch wird der Plan erwogen, das Inlandsgetreide völlig frei zu geben, La die Erhaltung ja doch nicht mehr geling.

Mit allem ist der Bankrott der Reste der Zwangswirtschaft, aber auch zugleich der Bankrott der freien Wirtschaft vollzogen. Die Kartonsien sollen jetzt in Berlin 1-1,20 Mk. das kilo, und der Preis des Brotes wird binnen wenigen Monaten mindestens auf das dreifache der heutigen Höhe steigen. Natürlich geht unter diesen Umständen die deutsche Wirtschaft neuen, schweren Erschütterungen entgegen.

Was die Wirtschaftspolitik die letzten Monate noch so schon auszuweisen, mag sie auch ein wunderbares Zwangsgesetz lösen, die öffentlich wichtigen Betriebe erfinden, die mit einem elementaren Mangel der Arbeiterklasse in neue Streiks hineingeworfen. Nach der furchtbaren Umwälzung der Revolution ist es der Sozialdemokratie in einer sehr mühseligen und ausopfernden Arbeit gelungen, das Wirtschaftsleben wieder einigermaßen zu beruhigen und zu ordnen. Damit war der Anfang des Wiederaufbaues gemacht. Alles das wird durch die gegenwärtige Ernährungsnotiz zerfallen. Man frage den Reichsarbeitsminister, man frage den Reichsfinanzminister, beide Zentrumsleute, wie sie der entsetzlichen Realnotiz gegenübersehen, die Deutschland bedroht, in den Großstädten keine, nicht erprobte Kartoffeln und ein erster Mangel an Brotgetreide. Wascheitlich kommen ihnen jetzt alle Rettungsmaßnahmen zu spät. Wenn man sich endlich zur Bewältigung der furchtbaren Dünge-mittel entsetzlichen will, so fehlt die Basis, um die Aktion durchzuführen, fehlen die Mittel. Die Ernährungsnotiz stellt trostlos aus. Die lange noch wird der Reichstag sich mit schönen Worten über die Lasten der Landwirtschaft lassen, daß alle Maßnahmen, die auf dem Gebiete der Ernährung seit den Kapp-Tagen ergriffen worden sind, verfehlt und verhängnisvoll für das deutsche Volk waren.

### Die russische Wirtschaftspolitik.

Ohne die Hilfe des kapitalistischen Auslands ist ein Aufstand nicht möglich.

W.B. Berlin, 1. Dez. Mostauer Zeitungen veröffentlichen ein Dekret des Rats der Volkskommissare über die Erteilung von Konzessionen an ausländische Staats- und Kommunalbetriebe, Privatunternehmungen, Aktiengesellschaften, Konsumgenossenschaften und Arbeiterorganisationen zwecks Ausbeutung und Verarbeitung der russischen Bodenschätze. Bei der Erteilung von Konzessionen macht die Sowjetregierung das Zugeständnis, daß der Konzessionsinhaber durch einen Teil der Ausbeute mit Ausschlagnahme des öffentlichen Eigentums gewährt werden. Die Konzessionsfrist ist ausreichend lang. Es wird garantiert, daß das Eigentum des Konzessionsinhabers weder nationalisiert noch konfiszieren oder requiriert werden darf. Sondererträge mit Arbeitern und Angestellten sind zugulassen. Endlich wird garantiert, daß die Konzessionsbedingungen durch anderweitige Dekrete nicht beeinträchtigt werden. Das Dekret erwähnt übrigens auch, daß feindlich ausländischer, besonders amerikanischer Kapitalismus bezüglich der Ausbeutung des russischen Bodenschätze und Ackerlandes sowie bezüglich der Organisation einzelner Industrieunternehmungen eine ganze Reihe konkreter Vorschläge vorliegen.

### England in Aufregung.

London, 1. Dez. Außerordentliche Maßnahmen sind getroffen worden, um hervorzuheben Persönlichkeiten und Gebäude in Liverpool und London zu schützen. Die in der Nähe des Parlaments dienende Polizei wurde mit automatischen Pistolen bewaffnet. — Eine Reutermeldung besagt, daß Geschäftsinsahler und Besitzer wertvoller Gegenstände auf die Versicherungsgesellschaften, Sturm leuten, um sich gegen Einbrüche zu versichern. — Arbeit. Iose besetzten das Gemeindegewand von Tottenham. Sie gaben bekannt, daß sie die Arbeit hätten, darin zu übermühen. Sie richteten an das Publikum das Ersuchen, sie mit Lebensmitteln zu versorgen. „Westminster Gazette“ meldet aus Dublin, daß dort seit dem 21. November, dem Tage der Ermordung der englischen Königin, 1200 bis 1400 Personen verhaftet wurden. Ein Ausschuß der Arbeiterpartei ist zur Untersuchung der Lage nach Irland abgereist. — Prof. J. MacNeill, einer der am 26. November in Dublin verhafteten Sinnfeindführer, wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

### Enttäuschungen und Hoffnungen.

Genf, 1. Dezember. Der Führer der englischen Delegation Balfour empfing heute die Pressevertreter. Er hielt es für nötig, die Enttäuschungen der Öffentlichkeit über die bisherige Wirksamkeit des Völkerbundes zu betämpfen. Er glaube, daß der Völkerbund schon viel nützliche Arbeit geleistet habe, daß viele Fragen, wie die Danziger Frage, die Kolonialmandate und der internationale Gerichtshof nicht ohne ihn hätten gelöst werden können.

Genf, 1. Dez. Die hier eingetroffene Delegation des ukrainischen Nationalrates (Ukrainian National Council) hat die ukrainische Nationalversammlung eine Note, in der sie die schärfste Klage über die russische Besetzung der Ukraine und das Selbstbestimmungsrecht für das ukrainische Volk in Galizien, sowie die Besetzung von polnischen Imperialismus, verlangt, der systematische Ausrottung der ukrainischen Bevölkerung durch Polen fördere. Die Note erfordert vor allem die Verwahrung einheimischer Elemente unter Kontrolle einer internationalen Kommission und nicht den Polen zu übergeben, die ihre Unfähigkeit für eine gerechte Verwahrung erwiesen hätten.

### Ein Reichstagsabgeordneter verhaftet.

München, 30. Nov. Wie die Blätter melden, wurde heute früh der neukommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Kemele, der Bruder des bairischen Ministerpräsidenten, der Montagabend in den ersten öffentlichen Versammlung der Neukommunisten in München im Rindlerer sprach, wegen Aufregung zum Klassenhaß verhaftet. Kemele kündigte in seinem Referat an, daß die Erhebung diesmal von Süddeutschland ausgehen werde. Die reaktionären Truppen Norddeutschlands seien nicht zu befürchten, da die norddeutschen Brüder schon dafür sorgen würden, daß sie nicht kämen. Die nötigen Waffen würden die liefern müssen, die Leute heranzuführen.

Wie der „Vorwärts“ erzählt, hat sofort nach Empfang der Nachricht über die Verhaftung des neukommunistischen Reichstagsabgeordneten Hermann Kemele in München wegen Aufregung zum Klassenhaß der Reichstagspräsident Loebe sich an den Reichstagspräsidenten und an die zuständigen Reichsministerien gemeldet, um die Gründe der Verhaftung zu erfahren und die Haftentlassung zu bewirken. Es dürfte auch bereits heute ein schleuniger Antrag auf Aufhebung der Haft im Reichstage zur Verhandlung kommen.

### Ein Reichstagsabgeordneter verurteilt.

Berlin, 1. Dez. Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten wurde der Mitarbeiter der „Freien Presse“ Siegel von der Strafkammer 9 des Landesgerichts I zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Siegel hat am 5. August 1920 einen Artikel in der „Freien Presse“ mit der Überschrift „Reichspräsident Eberts Nichts als Schönheitsstänzerin“ veröffentlicht. Das Gericht hat in dem Urteil eine willkürliche und beabsichtigte Herabsetzung des Reichspräsidenten erklärt.

Unsere Genossen Ebert wird es gerade nicht angenehm gewesen sein, einen Journalisten strafrechtlich verfolgen zu lassen. Nicht weil solche Klagen den Ansehen von Majestätsbeleidigungsprozessen erwecken könnten, sondern weil es eben ein unangenehmes Geschäft ist, sich mit solchen Kreaturen Beschäftigung zu müssen. Aber dem systematischen Verleumdungsstreik gegen unsere an erster Stelle stehenden Genossen ist auf einem anderen Wege kaum wirksam zu begegnen. Die Unterlassung der Verfolgung eines solchen Reichsbeamtenverurteilten würde zu einem Eingeständnis des Verbündeten geteilt werden.

## Friede im Osten?

Von Kurt Heilbut.

Dem Glück sagt man nach, daß es launisch ist. Auf die Ereignisse im Osten trifft dies jedenfalls zu Gut und schlecht. Bitter wechseln dort wie Regen und Sonnenschein im April. Nun laßt das Glück wieder einmal den Russen zu. Brangel ist in wenigen wochenlangigen Schlägen aus Rußland hinaus befördert worden. Und schon jubeln alle Optimisten, Kapitalisten, Unionispolitiker und sonstige Menschenfreunde: Friede im Osten!

Ich fürchte, sie jubeln zu früh. So begrüßenswert es wäre, wenn der Osten einmal zur Ruhe käme, so dringend notwendig es auch gerade für Deutschland ist, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland wieder anzuknüpfen — was in größtem Umfange natürlich nur möglich ist, wenn der Krieg im nahen Osten abgeht —, zunächst sind die Ausschüsse für einen wahren Frieden, noch recht trübe.

„Es kann der Frömmigkeit nicht im Frieden leben, wenn es den bösen Nachbarn nicht gefällt“, sagt Leib. Noch viel weniger ist das der Fall, wenn dieser „Frömmigkeit“ der englische oder französische Kapitalismus oder der russische Bolschewismus ist. Das heißt, wenn keine Seite den Willen zum Frieden besitzt, was hier zweifellos der Fall ist: Es liegt keinerlei Veranlassung vor, an einen Gefinnungswechsel der englischen, französischen oder russischen Regierung zu glauben.

Alle Mißerfolge werden Frankreich nicht dahin bringen, seine Politik zu ändern. Selbst es sich für den französischen Kapitalismus noch nicht offen um die Milliarden, die in Rußland hineingeklappt wurden. Zum mindesten ebenso wichtig für Frankreich ist der russische Faktor als Bundesgenosse gegen Deutschland. Die ganze Politik Frankreichs gegen uns — mag man sie nun für kurz- oder weitsichtig halten — lehrt je, wie sehr Frankreich ein Wiederholkommen Deutschlands fürchtet. Ein bolschewistisches Rußland aber würde niemals ein Verbündeter Frankreichs gegen Deutschland werden, vielmehr höchstens für ein Bündnis gegen Frankreich zu haben sein.

In unserer kapitalistischen Zeit wird die Politik nicht von idealen Gesichtspunkten, sondern nur von Machtfragen bestimmt. Auch wir Sozialisten sehen ja nur einen Weg zum dauernden Frieden: die sozialistische Internationale. Man kann aber von den kapitalistischen Machthabern Frankreichs wirklich nicht verlangen, daß sie diesen Weg richtig und gangbar hielten. Was ihre Politik daher von unserem sozialistischen Standpunkt aus kurzfristig sein: für die bürgerlichen Realpolitiker ist sie verständlich und folgerichtig.

Das gleiche gilt für England. Es ist unbegreiflich, daß selbst ein so klar liddendes Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ zu dem englisch-russischen Handelsabkommen bemerkt, daß „damit die englische Regierung auf die Politik zurückkommt, die sie seit langem mit Zähigkeit verfolgt, und der Herr Lloyd George trotz seiner demokratischen Selbsterklärung immer noch festhalten will, wenn es um den Frieden geht“. Man kann aber von den kapitalistischen Machthabern Frankreichs wirklich nicht verlangen, daß sie diesen Weg richtig und gangbar hielten. Was ihre Politik daher von unserem sozialistischen Standpunkt aus kurzfristig sein: für die bürgerlichen Realpolitiker ist sie verständlich und folgerichtig.

Was das Handelsabkommen auf Seiten Englands auch von dem doppelten Wunsch geleitet ist, mit Rußland Geschäfte zu machen und dabei der amerikanischen Konkurrenz zuvor zu kommen, so weiß England doch zu genau, daß es mit Rußland nicht lange Frieden geben wird. Widet doch der Bolschewismus eine viel zu große Gefahr für die Grundlagen der englischen Weltmacht im Osten. England wird daher stets neue kriegerische Unternehmungen gegen die Sowjetregierung nicht unterlassen, wenn nicht gar selbst angreifen. Oder es müßte zu der Erkenntnis kommen, daß der Bolschewismus im Frieden schneller zugrunde geht: an seinen inneren Widersprüchen und an seinen wirtschaftlichen Unmöglichkeiten.

Und Rußland? Selbst wenn es heute den Wunsch nach Ruhe haben sollte, um seine innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu ordnen, so zweifelt doch wohl niemand, daß diese Ruhe nicht von langer Dauer sein wird. Dazu ist die Neigung und die Politik der Bolschewisten viel zu angreifbar und auf die Vorbereitung und Verbreitung der Weltrevolution gerichtet. Daher glaubt man, daß die russische Regierung ihre kriegerischen Unternehmungen gegen die Sowjetregierung nicht unterlassen, wenn nicht gar selbst angreifen. Oder es müßte zu der Erkenntnis kommen, daß der Bolschewismus im Frieden schneller zugrunde geht: an seinen inneren Widersprüchen und an seinen wirtschaftlichen Unmöglichkeiten.

Nach Wrangels Niederlage sind russische Heere frei geworden. Vielleicht wird man ihnen einige Zeit zum Atem schöpfen lassen. Vielleicht wird man sie fürs erste verwenden, um als „Arbeitsarmee“ Eisenbahnen und andere Verkehrs-mittel zu verbessern. Aber für wie lange? Ob dann die kriegerischen Unternehmungen zunächst gegen Osten gerichtet werden, ist nach dem englisch-russischen Handelsabkommen allerdings zweifelhaft. Auch der russische Bündnis mit den türkischen Nationalisten in Kleinasien.

Aber auch im nahen Osten ist die Lage noch keineswegs

gestört. Wenn zweideutige Haftung wird den Kassen jeder-  
genigenden Vorwände in die Hände spielen. Die letzten  
Erklärungen der Kassen deuten bereits auf eine Veränderung  
der russischen Stellung gegen Polen hin. Auch im russisch-  
polnischen Streit dürfte das letzte Wort noch nicht ge-  
sprochen sein.  
Selenfalls ist der „Freiwill im Osten“ vorläufig nur ein  
schöner Traum.

### Deutscher Reichstag.

30. Sitzung, Dienstag, den 30. November 1920, 1 Uhr.  
Wirtschaftsausschüsse.

Nachdem sich der Reichstag durch die zahlreichen kleinen  
Anfragen — deren Verteilung allerdings das Wort „klein“  
in etwas seltsamen Sinn apostrophiert — durchgearbeitet hat,  
wird die Debatte über den Etat des Reichswirtschafts-  
ministeriums fortgesetzt. Sie ist beendet, ehe sie begonnen  
hat, was durch den Unterschied zu gestern noch besonders  
bemerkbar wird.

Der deutsche Volksparteiler Dr. Hugo beginnt. Das  
geht natürlich, daß er mit demerswertem Nachdruck auf  
Freiheit gezielten Pläne der Deutschen Volkspartei über  
den Sachverhalt folgt. Jene Pläne, die in den autonomen  
wirtschaftlichen Selbstverwaltungssystemen und im Arbeits-  
dienstlichter leuchtend. Das natürlich der Meinung von  
Kamerer des Abg. Hugo sollte keine Genüge, braucht er  
sich nicht besonders zu verheeren. Bezeichnend aber für die  
Rührigkeit der wiedererlebten wirtschaftlichen Reaktion ist  
ihre Anknüpfung an einen Sieg gekennzeichneter Vorschlag gegen die  
Sozialistengesamtheit, an deren Stelle Herr v. Kamerer  
heute bereits einen Ausweg des Reichswirtschaftsministers  
anträgt. Auch die Kampfschlange gegen jede Form von  
Sozialisierung, die sich besonders in einem Zwischenfall gegen  
den Abg. Gensler zeigt, zeigt, daß die wirtschaftliche  
Reaktion ihre Zeit für gekommen hält, um die Liquidierung  
der Revolution zu beenden.

Da war es darum doppelt angenehm zu hören, wie sich  
der Reichswirtschaftsminister Jandl mit großer Begeisterung in  
den Kampf gegen diese reaktionären Pläne stürzte, und vor  
allem auch auf die Notwendigkeit der geschlossenen Front  
der sozialistischen Arbeiter hinwies. Weniger war es seine  
wirtschaftlichen Argumentation, die besonders angenehm auf-  
fiel, als vielmehr seine politische Einstellung, die den Herren  
der Reaktion fast unangenehm in den Ohren klang.  
Seine Drohung, daß die Reaktion nur nicht akzeptiert  
auf die Meinung der Arbeiterschaft spezifizieren möchte,  
wird um so mehr an Gewalt gewinnen, je mehr jene Kreise  
der Wiederkaufspartei fortziehen, durch den Bruch von  
Verpflichtungen und durch lügenhafte Vorwürfsreden die  
Arbeiterschaft um die von ihr als notwendig erkannte und  
mit allen Mitteln zu erkräftigen ferne Sozialisierung zu  
betriegen.

Der Demokrat Reinat hat sich natürlich in Liebo  
zu Dr. Hugo, und am Schluß ist es soweit, daß der gewiß  
Ehrliche freudliche Wirtschaftminister Herr v. Kamerer  
erklären muß, daß er nicht so reaktionär ist wie die beiden  
bürgerlichen Redner, er ist vielmehr mit anderen  
Kreisen, indem er als Exekutivmitglied des Reichsausschusses  
auftritt, das auch ihm die von allen Endungen besetzte Wirt-  
schaft (bis ungenügende Profitabilität) des Ideal seiner  
Träume lie, daß er aber zu diesem Ideal auf etwas zusätz-  
liche Weise besser und dauerhafter zu gelangen vermisst,  
als dies die beiden Vorreiber der bürgerlichen Profitwirt-  
schaft für nötig halten.

Der Abg. Volksparteiler Jandl singt ein bewegliches  
Agogisches Lied der Handwerker und des Gewerbes,  
erklärt er aber allerdings den Grundbesitzer begünstigt, an die  
Einigkeit der Industrie zu appellieren, ohne die die ganze  
schöne und brave Handwerkerbewegung zusammenfallen  
würde — als daß er endlich erkennen würde,  
daß die unvollständige Fortsetzung der Wirtschaft auf  
die Klasse der Gewerbetreibenden und des Klein-  
werkes unentbehrlich in die immer größer werdende Klasse  
des Volkstages hinabfällt, an dessen Stelle bescheid allein  
sein Volk sein kann, allein auch sein Sieg.

### Die ersten Handelsabkommen.

40. Sitzung, Mittwoch, den 1. Dezember 1920, 1 Uhr.  
Der Eintritt in die Zollvereinbarung beantragt Koenen  
(U. S. links) die Zustimmung des Abg. Kemmerle (Reu-  
temann) setzt zur Beratung zu stellen. Das Haus beschließt so.  
Abg. Koenen (U. S. links) schlägt mit dem Antrag vor:  
Ein Antrag der bürgerlichen Parteien fordert Ueberweisung  
an den Geschäftsausschuss.

Abg. Müller (Soz.): Der Reichstag muß unter allen Um-  
ständen dafür sorgen, daß seine Mitglieder vor Vertreibung be-  
wahrt werden. Das ist in erster Linie für Freiwirtschaftler,  
in zweiter für Sozialisten.

Nachdem auch Abg. Dente (U. S. rechts) sich für sofortige  
Freilegung ausgesprochen hat, wird der Antrag mit einer Zu-  
fallmehrheit der sozialistischen Stimmen angenommen.  
Das ist die erste Entscheidung über die Handelsabkommen.  
Es folgt das Gesetz über die verschiedenen Verbindungen  
zwischen der deutschen Regierung und der ungarischen, tschechischen  
und österreichischen Regierung.

Wirtschaftsminister Dr. Simonow stellt darauf hin, daß es  
sich hier um die erste Vorlage für einen wirtschaftlichen Vertrag  
nach dem Kriege handelt. Es kam vor allem darauf an, mit der  
Tschekoslowakei als auch mit Österreich und Ungarn in möglichst  
weitem Umfang die Grundlage für ein gemeinsames, gutes, wirt-  
schaftliches Verhältnis herzustellen. Da die Regierung glaubt, daß  
dies in weitestem Umfang gelänge, und daß diese Verträge zu  
einem Wiederaufbau Deutschlands mit beitragen, empfiehlt er  
die Annahme des Gesetzesentwurfes. (Beifall.)

Abg. Everling (D. Wp.): Leider sind in der letzten Zeit  
Ergebnisse eingetreten, die ein gefährliches Zusammenarbeiten mit  
der Tschekoslowakei herbeiführen. Der Vertrag über die Handels-  
abkommen hat das Recht des Völkerrechts verletzt. (Beifall.)

Abg. Erkelenz (D. Wp.): Die Tschekoslowakei muß sich  
darüber klar sein, daß sie kein Nationalstaat sondern ein National-  
staatsgebiet ist. (Stimmfussel.) Die Regierung der deutschen  
Republik legt ein großzügiges Kommen über wirtschaftliche  
Verhältnisse mit einer langjährig ungarischen Regierung vor. Aber  
nicht in abfalligen Worten das Vorgehen der ungarischen  
Händlerbarone und führt Fälle über den unangenehm weiten  
Fehler in Ungarn an. Diese Vorkere, die sich in Schande be-  
leben ist wie sie ungarische, hat das Recht auf freundschaftliche  
Verhältnisse verloren.

Der Präsident ruft den Redner wegen der Ausdrücke:  
Händlerbarone und noch weiterer parlamentarisch-unzulässiger Aus-  
sicherungen zur Ordnung.

Abg. Müller-Eberhard (Soz.): Es wurde aus dem Munde  
angehört, daß die vorige Rede überflüssig gewesen sei. Wenn sich  
die ungarische Regierung als feindsichtig bezeichnet, so kann das  
nur nach sich sein, denn es wäre nicht fairer, wenn sie all diese  
Schonheiten aus mit dem Namen Republik beuten wollte. Was  
die Tschekoslowakei betrifft, so ist sie ein Nationalstaat, nicht  
das deutsche, sondern der Wille der Regierung in Betracht kommt,  
gute Beziehungen zu uns anzuknüpfen. Die Ereignisse in der Tschekos-  
lowakei in der letzten Zeit gegenüber den Deutschen sind be-  
deutend. Es besteht ohne Frage eine außerordentlich große Span-  
nung zwischen der tschechischen und der deutschen Nationalität.  
Die tschechisch-polnische Regierung ist bemüht, die tschechischen  
auszugleichen, wozu auch deshalb, weil sie weiß, daß die deutschen  
Staatsbürger nicht nur zahlreich, sondern auch teilweise ein be-  
deutender Faktor sind. Auch in der Frage der Sitzabbelegungen,  
den Schulfragen, der Zollfrage usw. sind sowohl von tschechischer  
als auch von deutscher Seite große Schwierigkeiten eingetreten.  
Gleich im Gange. Erstmalig sind es besonders die tschechischen  
und deutschen Sozialdemokraten, die auf einen politischen  
Ausgleich hinarbeiten. Die tschechischen Arbeiterschaft ist an den  
Freiheitsfragen in Eger und Wien nicht uninteressiert, sondern  
sie versuchen, die tschechischen und deutschen Nationalitäten.  
Die nationalitätlichen Führer haben und drücken betreiben einen  
fortwährenden Kampf, gestützt auf den kapitalistischen Block, der  
ein großes Interesse an der Uneinigkeit des Volkes hat. Die  
tschechischen Klassen sind gewillt, Schulter an Schulter mit dem  
deutschen Kapitalismus gegen die Beziehungen einzuschreiten.  
(Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Breilich (U. S.): Wir verurteilen aufs  
schärfste jene Ausdrücke und politischen Forderungen, betonen aber,  
daß überall dort, wo es zu solchen nationalitätlichen Auseinander-  
setzungen kommt, die Arbeiterschaft im Hintergrunde steht und nur  
die tschechischen Klassen sind, die die tschechischen und deutschen  
in interpolitischen Fragen müssen heute zurücktreten vor einer  
wirtschaftlichen Welt. Es geht nicht um den Herren von den  
Rechten an, heute als die Propheten des Selbstbestimmungsrechtes  
für die bedrückten Deutschen in der Tschekoslowakei aufzu-  
treten. Sie haben die tschechischen Klassen in einem unglücklichen  
Deutschland in den tschechischen Provinzen, in einem unglücklichen  
Ruhland aus interpolitischen Gründen protestiert. Es sind uns sowohl  
von Ungarn als auch von der Tschekoslowakei Verträge ent-  
gegengebracht worden, die die wirtschaftliche Lage des deutschen  
Volkes bis zu einem gewissen Grade verschärfen und da dürfen wir  
nicht trösten, um solche internationalen Verträge zu schließen. Die  
haben die wirtschaftlichen Erwägungen den politischen gegenüber  
den Vorrang. In diesem Sinne ist es natürlich sehr bedauerlich,  
daß die Aufnahme der Beziehungen mit Tschechien, Ungarn und  
der Tschekoslowakei, haben nach auf sich warten lassen. (Beifall.)

Der Fürst wollte eben die Deputation gnädigst verabschieden,  
als der Fürst nochmals vortrat und, ohne sich um die  
stärkeren Worte Durckaus zu kümmern, zu sagen, die  
Frage stelle: „Und welche Garantien bietet man uns  
dafür, daß die Wünsche des Volkes erfüllt werden?“  
Die Augen des Geschäftsherrn schloß sich auf den  
verwegenen Schmeichler. Der Deputation aber bemächtigte  
sich eine lokale und stilles Enttäuschung. Mit strenger Be-  
tonung sprach der Abolator:  
Wir werden die in Schanden und bedauerlichen Augen-  
blicke nicht dadurch entschuldigen, daß wir stolzes Mißtrauen  
in die gesetzlichen Verpflichtungen unseres gnädigen Bundes-  
heeren legen.“  
Erst nach, zu dem Schmeichler aber sprach er, sich mit  
Ankündigung bezeugend: „Er sollte mich doch kennen!“  
Theilnahme fühlte: „Oben weil ich den Wert unheimlicher  
Verpflichtungen keine, habe ich Garantien verlangt.“  
Kammer drohte den Fürsten die Selbstherrschung zu ver-  
leihen. Solche Anreden war er nicht gewohnt, sein Herr-  
scherbewußtsein war tief verletzt, er hätte am liebsten die  
Worte rufen und den jungen Mann als Majestäts-  
beleidiger verurteilen lassen. Er streckte sich die Hand nach  
dem Fürsten aus, um die Hand zu fassen die Selbstherrschung noch ein-  
mal, und er sprach:  
„Das weitere wird sich finden! Es ist immer mein  
Prinzip geblieben, mein Volk glücklich zu machen!“  
Dem Schmeichler warf er einen drohenden Blick zu,  
und dann entfernte er sich mit leichtem Kopfnicken.  
Dr. Garpoff und die anderen machten Theil in die Bestän-  
digung gebracht. Er aber sprach trotz:  
„Ich lasse mich nicht täuschen. Wenn ich nicht sichere  
Garantien habe, gaube ich an gar nichts.“  
„Es haben doch schon gesagt, was das Prinzip seiner  
Durchführung ist.“ meinte Dr. Garpoff in väterlichem Ton.  
Daher der Name Prinzipienreiter, ermeinte Theil  
jählich.  
Demit sagte er seine „Angriffen“ auf und wandte sich  
zum Gehen.  
„Das ist gegen alle Etikette.“ sagte Dr. Garpoff ent-  
setzt.  
„Was Etikette?“ sagte Theil barsch, in Revolutionärs-  
tonen man seine Etikette.“

### Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848.  
Von Wilhelm v. Blox.

(18. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Im Antitz des Fürsten trat eine Rede auf, die nicht  
Gutes verheißte. Aber er dachte an Solos Rat und meinte  
nur: „Junger Mann, in meinem Wort liegend, nicht so für-  
wachen!“

Theil wollte etwas erwidern, aber der Kaiserlicher Weis-  
sagen kam ihm zuvor und meinte: „Wir sind nicht ab-  
geklärt um ehrfurchterregende Reden zu haben, sondern  
das göttliche Herz unseres Erbprinzen Anbeters unteren  
Wünschen geteilt zu machen. Dolter, laß es fort.“

Der Fürst ließ den verwegenen Redner durchschauen an,  
und der Abolator fuhr fort:  
„Wir wünschen, daß Em. Durchsicht uns ferner öffent-  
liches und mündliches Selbstbestimmungsrecht, Selbstbestimmungsrecht  
und allgemeines Wahlrecht gewähren mögen.“

„Wozu Demofraunung?“ fragte der Fürst.  
„Dann ist niemand die erlangene Selbstbestimmungsrechte wieder  
nehmen kann.“

„Wohin?“ fragte ihn der Fürst zornig an, aber der Abolator  
fuhr fort:  
„Wir wollen eine konstituierende Versammlung wählen,  
die unserm Vaterland eine neue Verfassung geben soll.“  
„W!“ sagte der Fürst.  
„Und so wollen auch wir mitwirken, für unser ganzes  
großes deutsches Vaterland die Einheit und Freiheit zu  
schaffen.“

„Schön!“ meinte Erich. „Ich werde die Wünsche meiner  
getreuen Untertanen in die wohlwollendste Erwägung ziehen  
und so bald als möglich meine Entscheidung kund tun.“

Der Sprecher der Deputation vorzueigen sich dreimal er-  
neutlich.  
Wir werden uns glücklich schätzen, unseren Mitbürgern  
mitteilen zu können, wie gnädig die Wünsche von unserm all-  
bereitsenden Bundesater angenommen worden sind. Die An-  
erkennung wird der Ordnung und der Freiheit Platz machen,  
und der Thron Ihrer Mäjer wird auf alle Seiten besetzt  
sein, denn bei der geringsten Gefahr werden sich alle guten  
Männer zum Beweisen scharen.“

Reichsminister des Reichers Simonow: Die deutsche Regie-  
rung ist nicht des Recht und die Wille ihre wirtschaftlichen Ver-  
träge von der Verfassungsgattung des anderen Landes abhängig zu  
machen. Angewandt der Tschechen, daß auch die Unruhen in der  
Tschekoslowakei auch deutsche Reichsangehörige geschädigt  
werden sind, hat die tschechische Regierung an unsere Regierung  
den Antrag gestellt, daß die Handelsbeziehungen zu Tschechien  
nicht länger als bisher nach eingehen. Ich hoffe von den Verträgen,  
die gerade solche nationalitätlichen Ausdrückungen durch das wirt-  
schaftliche Zusammenarbeiten verhindern. (Beifall.)  
Die Verträge werden in allen drei Belangen gegen die Kom-  
munitäten angenommen.

Es folgt die Beratung des Reichsgesetzesentwurfes zwischen  
dem Deutschen Reich und der freien Stadt Danzig.  
Die Vorlage findet in allen drei Belangen einstimmige An-  
nahme.

Es folgt die Fortsetzung der Aussprache über das Reichswirt-  
schaftsministerium. Dazu fordert ein Antrag der Regierungspartei  
gerade Verteilung der Reichsaufträge; ein anderer Antrag  
beruhten darauf, daß die Regierung auf das nahezu völlige  
Verlassen der Reichsaufträge hinzuweisen und eine Wiederrück-  
kehr der Verträge an Kassen zu erwirken. Ein Antrag Schiller  
(Dem.) fordert die Zulassung der Frauen zum Vorkurs, ein  
Antrag Bartha (Dem.) erludt den Reichswirtschaftsminister  
einen landwärtigen Mann aus den Kreisen des Handwerkes zum  
Wirtschaftsminister zu ernennen.

Abg. Dr. U. S. links: Die Regierung will die Wirt-  
schaft auch weiterhin auf den Vorkurs halten lassen und zu des-  
halb auch nichts gegen die drohende Wiederrückkehr des Aus-  
wärtigen Deutschlands. (Sehr richtig.) Es ist höchste Zeit, daß wir  
die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland aufnehmen, unio-  
nisch, als auch England und Amerika bereits große Handelsver-  
träge mit Rußland abgeschlossen haben. Als Eintrick und  
fürs Differenzier als Sozialisierung vorzulegen, ist nichts an-  
ders als eine reiche Konzentration des Kapitals. (Sehr richtig!)

Abg. Doh (Soz.) stellt einige Bemerkungen der geistigen  
Ausführungen des Reichswirtschaftsministers richtig und weist be-  
sonders auf hin, daß die von dem Minister angegebenen Zahlen  
in der Wirklichkeit erbaute Bergarbeiterbewegungen nicht  
stimmt, während sie im Ruhrgebiet beträchtlich höher lie, als an-  
gegeben. Redner wendet sich dann gegen die Darstellung des Wirt-  
schafts als abstrakt in Kassen (schonme und weist auf die  
Zugänge der industriellen Gewerkschaften hin, die übersteigert  
von Kassenmäßig in Frankreich berichten. (Sehr richtig links.)  
Von dem Reichswirtschaftsministerium erwarten wir die einheit-  
liche Führung der ganzen Reichswirtschaftspolitik und verlangen  
angewandt der neuen drohenden Gefahren im Winter — über-  
mäßigen freien Einfluß von Kassen (schonme im Auslande bestimmte  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)  
Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

Abg. Doh (Soz.) meint, daß die von dem Minister angegebenen  
Zahlen für die Kassenmäßig in der Kassenmäßig und er, die  
für die Wirt der Kassen, daß wir alle Dinge rein politisch und  
unabhängig behandeln; Herr Hugo verweist hier unabhängig mit  
vertraut, denn wir lassen uns auch in politischen Dingen nur von  
politischen Erwägungen leiten. (Sehr richtig bei den Soz.)

(Fortsetzung folgt.)

Der Doch genannt hat, tatsächlich mit meinen neuen Unter-  
suchungen aus Überflüssen. Gegenüber dem Vorwurf, daß ich  
von handlichen Kollaboraten Gebrauch mache, betone ich, daß  
ich nur Beistellungen gemacht habe, die mehrfach bestätigt wurden,  
so hat die „Frankfurter Zeitung“ sich neulich gemeldet, daß in  
Paris die Kollaboraten, die auf 1 Kilo lauten, mit 100 Kilo ein-  
geschickt werden. (Hört! Hört!) Deshalb fallen auch alle daran  
gehenden Beschlüsse in sich zusammen. Das Haus verzagt! H.

### Preußische Landesversammlung.

Eine Anklage gegen die Dregels.

Am Mittwoch wurde in der Preuß. Landesversammlung  
der Etat der Bauverwaltung ohne viel Federlesens er-  
klärt. Am folgenden Tage wurde das Ministerium des  
Inneren. Unser Genosse Jauchold nahm Gelegenheit, den  
Minister Csering, der bekanntlich die Rechte ein Dorn im  
Auge ist, gegen die unerkämpften Angriffe der Reichspresse  
zu verteidigen und danach zu einem wichtigen Schlage gegen  
das Verbleibensrecht der Monarchisten, die Dregels, auszuholen.  
Genosse Jauchold geriet die Legende von dem heimlichen  
Vereinbarung des Reichs Dregels, der sich rührend schloß,  
daß er sich dem Minister zur Abwehr jedes Vorfalls, komme  
er von rechts oder von links, zur Verfügung stellt. Er ent-  
schloß den wahren Charakter dieser Organisation, die unter  
verfassungswidrlicher Form mit ihren Spiegeln Vatspichte  
zu provozieren und ein Sammelbecken aller Reaktionen  
zu Kapiteln geworden ist. Die Rechte hat heute zu diesem  
Vorstoß noch nicht Stellung nehmen können; der Demofrat  
Dr. Ruer und der Zentrumsmann Reineke begünstigen ihn,  
einige Wühler zu der Verwaltschaftsreform zu zügeln und gegen  
Terror und Streiks Schuß zu fordern. Auch die Schlemmer-  
hotel, gegen die jetzt endlich eingegriffen wurde, erfreuen  
sich der demofokratischen Fürsorge, aber um das Dregels-  
Problem gingen die beiden Reiter wie die Rahn im den  
heiligen Bret herum. Dieser Kampf wird erst morgen zum  
Ausgang kommen, wenn das Duell zwischen dem Deutsch-  
nationalen Wühler und dem Deutschen Volksparteier von  
Reiter einerseits und dem Minister Csering andererseits  
ausgeschloffen wird. Dabei werden wohl einige Späne fliegen,  
es heißt zu erwarten, daß Minister Csering mit der Fülle  
seines Materials die konservative Offensive auf der ganzen  
Linie zurückschlägt.

### Reichstag und Elektrotritt.

Die bürgerliche Reichstagsmehrheit hat am Dienstag  
beschl. Lassen, daß die Verordnung des Reichspräsidenten gegen  
wilde Streiks in der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsver-  
sorgung in Kraft bleiben soll. Der Reichstag hat damit eine  
verfassungsrechtliche Neuerung geschaffen, die als im hohen  
Grade bedenklich bezeichnet werden muß. Der Reichspräsident  
kann bei erheblicher Störung der Sicherheit und Ordnung  
die zu ihrer Wiederherstellung nötigen Maßnahmen treffen,  
die auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen sind.  
Der Reichstag kann also eigentlich nur beschließen, ob die  
Verordnung des Reichspräsidenten aufzuheben oder be-  
halten ist; die Entscheidung kann er im Sinne des Art. 48  
nur auf Grund der Überlegung treffen, ob wirklich eine er-  
hebliche Störung der Ordnung und Sicherheit vorliegt, und  
ob die zu ihrer Wiederherstellung verordneten Maßnahmen  
wirklich nötig sind. Es bedeutet eine bedenkliche Ausweitung  
des Art. 48, wenn der Reichstag erklärt, daß eine Verordnung,  
die auf Grund dieses Artikels erlassen worden ist, bis  
zum Erlaß eines bestimmten Gesetzes aufrechtzuerhalten sei.

Verfassungsmaßnahme kann es für die Wahrung der  
inneren Ruhe und öffentlichen Sicherheit notwendig sein,  
nämlich die, innerhalb derer die Sicherheit und Ordnung  
wiederhergestellt ist. Nach ihrer Wiederherstellung muß eine  
solche Verordnung wieder aufgehoben werden, ganz gleich-  
gültig, ob bis dahin ein bestimmtes Gesetz besch. lassen ist oder  
nicht.

Darum war der Standpunkt der sozialdemokratischen  
Fraktion durchaus folgerichtig. Die sozialdemokratische Fraktion  
erkannte an, daß die Verordnung aus einem Vorwand  
erlassen und darum berechtigt war, erklärte aber zugleich, daß  
der Notstand befristet und die Verordnung demzufolge wieder  
aufzuheben ist. Dadurch, daß sich die bürgerliche Mehrheit  
diesen sozialdemokratischen Auffassungen verließ, und für  
die Aufrechterhaltung der Verordnung bis zum Erlaß eines  
in der Verordnung vorgesehenen Gesetzes stimmte, hat sie einen gefährlichen  
Weg betreten.

Auf dem Umweg über den Artikel 48 ist durch die bürger-  
liche Mehrheit ein Gesetzgebungs-Erlass geschaffen worden, den  
die Verfassung nicht kennt.  
Der Beschluß des Reichstages ist in diesem Fall, da er  
nicht die dargelegten drei Befehle passierte, kein Gesetz.  
Ebenso ist der Beschluß des Reichstages, eine aus  
Artikel 48 erlassene Verordnung aufzuheben, der Beschluß, sie  
bis zu einer bestimmten Frist aufrechtzuerhalten, ist dagegen  
nicht bindend. Der Reichspräsident kann im Einverständnis  
mit der Regierung die Verordnung wieder aufheben, und aus  
den dargelegten verfassungsrechtlichen Gründen ist es  
in hohem Maße wünschenswert, daß er es bald tut.

### Die Spinne „Dregels“.

In Berlin.

Das Volkspartei-Präsidium teilt mit: Einem Gegenstück zu  
der kommunistischen Kampfgemeinschaft, welche vor einiger  
Zeit das außerordentliche Gericht für den Bezirk des Reichs-  
gruppenkommandos I bestellte, ist die Berliner Polizei  
auf die Spur gekommen. Auf Grund eingehender Er-  
mittlungen und zahlreicher Hausdurchsuchungen gelang es  
der Abteilung I des Volksparteipräsidiums, Beweise dafür zu  
erhalten, daß eine frühere Zeitzeitschriften-Gemeinschaft trotz  
ihrer formalen Beziehung im geheimen noch fortbesteht. Als  
Hauptführer kommt der Hauptmann a. D. Hubert  
Bollmann in Betracht, der die einzelnen Kompanien des  
heimaligen Zeitzeitschriften-Regiments 6 unter verschiede-  
nen Bezeichnungen, wie „Sportverein“, „Schwimmklub“,  
„Stammklub“, „Vaterländischer Verein“ usw. in ein sogenann-  
tes „Kampfbataillon“ zusammengelassen hat. Eine Ver-  
tätigung dieses Regiments, etwa in Form von militärischen  
Übungen, ist nicht festgestellt. Ebensovienig hat sich bis-  
her ergeben, daß das Regiment oder seine Angehörigen irgend-  
welche Waffen besitzen. Bollmann hat sich der ihm drohen-  
den polizeilichen Festnahme durch die Wüste entzogen; Befehls-  
befugnisse sind ihm im Gange.

Im Zusammenhang mit den vorgenannten Ermittlungen  
hat die Polizei Kenntnis bekommen von einer jüngst  
in Leben getretenen „Eiserne-Organisation“. Bei den er-  
wähnten Hausdurchsuchungen seien den Polizeibeamten die  
Sagungen des am 6. September 1920 gebildeten „Berliner  
Kampfbataillon“ in die Hände, der statutenmäßig  
Korporations-Mitglied der Organisation Eiserne ist. Zu  
den Unterzeichnern der Sagungen gehört der genannte Haupt-

mann Bollmann und außerdem eine Reihe anderer ehe-  
maliger Offiziere mit teilweise sehr bekannten Namen.

Die Mitglieder sowohl des Kampfbataillon als auch  
des Berliner Kampfbataillon werden sich demnächst vor dem  
Strafgericht, d. h. dem außerordentlichen außerordentlichen Gericht  
beim Reichsgruppenkommando I zu verantworten  
haben, und zwar wegen Teilnahme an Verbrechen militäri-  
scher bezw. polizeilicher Art, die durch die Verordnung des  
Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 unter Strafe gestellt ist.  
Nach Abschluß der vorläufigen polizeilichen Ermittlungen  
ist die Staatsanwaltschaft mit der Weiterverfolgung der  
Angelegenheit beauftragt worden.

Dazu schreibt der „Vorwärts“:

Am Schluß seiner Mitteilung betonte der Berliner  
Volksparteier, daß die Organisation Eiserne eine  
übertriebene Bedeutung nicht beizumessen. Demgegenüber  
müßten wir doch daran denken, die Dinge auf die leichte  
Fussel zu nehmen. Diese Organisationen sind nicht die einzi-  
gen ihrer Art. Wir besitzen zuverläßliches Material über  
ähnliche Organisationen. Wenn auch diese — einzeln ge-  
nommen — an sich unbedeutend sind und teilweise der Ge-  
winnsucht reaktionärer Projektoren ihre Existenz ver-  
danken, so ergeben doch die wenig zusammen ein viel  
bedenklicheres Bild als die Beteiligung namhafter  
Militärs bei der angegebenen Eiserne-Organisation. Es  
würde sich empfehlen, die Namen der Beteiligten der  
Öffentlichkeit bekanntzugeben.

### Die militärische Eiserne-Organisation in Köln.

Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“,  
veröffentlicht genaues Material dafür, daß die Dregels trotz  
ihrer Ablehnung eine militärische Organisation ist und sich  
mit militärischen Dingen befaßt. Beißt sie doch eine eigene  
Militärabteilung, in der die Leiter durchgehend Offiziere  
sind. Unter Parteimitgliedern ist in der Lage, die genauen Namen  
der Parteileiter und Organisationsleiter für die ganze  
Provinz Westfalen mitzutellen. Außerdem besitzt die Dregels  
eine „akademische Wehr“, die Nachfolgerin der Zeitzeitschriften  
ist und deren Hauptbetätigung der Transport von  
Waffen an die heimlich geheimehaltenen Waffenlager ist.  
Der Reichsgruppenleiter der Dregels ist der von der badischen  
Regierung feindlich verfolgte General Watter.  
Ebenso unwahr wie die Behauptung des unpolitischen  
Charakters der Dregels ist die Behauptung ihres unpoliti-  
schen Charakters. Zum Beweis führt unser Parteiblatt  
ein vertrauliches Rundschreiben der Dregels vom 5. Oktober  
1920 an, in dem der Etat der gegenwärtigen preußischen  
Regierung propagiert wird, weil sie „eine reine Partei-  
regierung“ sei, in der die Sozialdemokratie unumschränkt  
herrsche. Das genügt!

### Was aus der „Dregels“ angeklommen ist.

Nachstehend aufgeführte Organisationen haben sich mit-  
terweile bekennen und es ebenfalls das untern Vorken  
wichtige Verzichtserklärungen abgegeben:  
Kreis-Landbund Carlsherga-Naumburg, Geschäftsstelle Naumburg,  
Lopmatt 13.  
Kreis-Bauernschaft Dürrenfels, Geschäftsstelle Baumhof, Schwane-  
feld.

Kreis-Bauernschaft Oberburg, Geschäftsstelle Räder, Oberburg.  
Kreis-Landbund Salzwedel, Geschäftsstelle Salzwedel, Gertzen-  
straße 3.  
Kreis-Landbund Schweinitz, Geschäftsstelle Jellen, Wittentzger  
Straße 109 II.

Zentral-Bauernschaft, Geschäftsstelle Halle a. S., Kaiserstraße 7.  
Kreisländliche, Geschäftsstelle Halle a. S., Friedrichstraße 70.  
Zig-nagel-Verband, Geschäftsstelle Halle a. S., Kaiserstraße 7.  
Landwirtschaft der Hauptverein, Geschäftsstelle Halle a. S.,  
Raifstraße 7.

Kreis-Bauernschaft Wanzleben, Geschäftsstelle Gutschmann, Kom-  
mersteden, Kreis Wanzleben.  
Landbund Unkeln, Köthen, Köthenstraße 4.  
Preussisches Landesökonomik-Kollegium, Berlin W. 9, König-  
gr. Nr. 21.

Beide sind nicht die einzigen letztere Verzichtserklä-  
rungen des Reichsgruppenkommandos-Kollegiums, das  
wegen seines unrichtigen Bestehens aufgelöst werden soll.  
Ein Kollegium das weiter nichts als eine Einrede für den  
seubalen Grundbesitz ist und dauernd gegen unsere Genossen  
in der Regierung arbeitet.

Das Schreiben selbst ist unseren Lesern, wie schon ge-  
sagt, bekannt. Es heißt auch nicht ein Komma daran. —  
Wir glauben ja auch gern, daß einzelne der von uns ange-  
führten Verbände nichts davon genutzt haben, wie sie durch  
ihre Vertrauensleute kurzweilig in enge Verbindung mit  
der „Dregels“ gebracht worden sind. Ihre Unkenntnis ändert  
aber nichts an der Tatsache, daß dieses wirklich geschehen ist,  
wie wir in Nr. 22 der „Vorwärts“ überzeugend nach-  
gewiesen haben. Wenn die Verzichtserklärungen Verbände nichts  
mit der Dregels zu tun haben wollen, dann müßten sie  
unseres Erachtens aus ihren Vorkämen und Geschäftsstellen  
alle diejenigen Personen entfernen, die im Dienste der  
Dregels arbeiten und die diese Arbeit nicht nur als Privat-  
angelegenheit behandeln, sondern die genannten Organisa-  
tionen und deren Einrichtungen dazu rücksichtslos in ihren  
Dienst stellen. Solange diese Verhältnisse weiter bestehen,  
müssen wir die Organisationen immer noch als der Dregels  
angeklommen betrachten, trotz aller Verzichtserklärungen. Damit  
ist für uns jedes weitere Verzichtserklärungen wertlos.

### Kronprinz a. D. und Schicksal.

Die Reichspresse veröffentlicht eine ausführliche Dar-  
stellung der Ereignisse des Kronprinzenpaars zu Greußen  
und so, die ihr von dem Verteidiger des Kronprinzen zur  
Verfügung gestellt wird. Selbstverständlich kommt die Dar-  
stellung zu dem Ergebnis, daß diese Beziehungen durchaus  
einwandfrei gewesen seien. Im übrigen ist sie eine Wieder-  
holung dessen, was von den Vertretern der monarchistischen  
Parteien im Reichstag in der Kapitalverleihungsdebatte  
schon ausgeführt worden ist.

Es bleibt aufzufragen, wieso eine Bankrott, gegen die  
ein Verlaß von deren Kapitalverleihung eröffnet werden  
müßte, so zahlreiche Mitglieder der Hohenzollernfamilie und  
der hohen Aristokratie zu seinen Runden zählen konnte, ob  
diese Runden an den kognaten Unterleuten schuldig sind,  
und wieso bereit ist aus ihnen gezogen haben.

Das ist der Zweck der Unterredung, über deren Verlauf  
man sich im Reichstag zu gegebener Zeit eindringlich erin-  
nern wird. Die vorliegende Preisprüfung durch die reaktionäre  
Presse ändert daran nichts.

Man will beraten.

Berlin, 2. Dezember. Laut „D. M. G. St.“ wird die  
wiederholt versprochene Konferenz der deutschen Ernährungs-  
minister am 3. und 4. Dezember in Weimar stattfinden. Die  
Tagesordnung umfaßt die Fragen: Brot, Getreide und

Wirtschaftsplanung, Währungsstärkung, Ein- und Ausfuhr von  
Lebensmitteln.

### Schlußwähler Wahlen.

Wegrad, 30. Nov. (ZL.) Das Resultat der Wahlen ist  
folgendes: Gewählt wurden 102 Kabinete, 94 Demofraten,  
42 Kommunisten, 51 Bauernpartei (Vab), 33 liberale  
Kauernpartei, 25 Moslems, 21 Katholische Volkspartei und  
4 Krollische Union.

Durchschnittlich entfällt auf 20 000 Einwohner ein Ab-  
geordneter. Das Kollektiv ist allgemein, gleich und geheim  
mit Verhältniswahl, doch haben die Frauen kein Wahlrecht;  
einemwärtig die Nichtslawen, nämlich Deutsche, Magyaren  
und Rumänen. (Es fehlt der Winderbeistand aus; nach  
mit der Vollerwahl!) Wegen der vielen Anapfahlen und um  
das Geheimnis der Abstimmung doch zu wahren, mußte ein  
merkwürdiger Vorgang gewählt werden: die Wahl wird  
durch Wähler aus Gummifügeln vorgenommen, die in eines  
der Wahllokale, die der Anzahl der an der Wahl beteilig-  
ten Parteien entsprechen, geworfen werden. Der Wähler  
steht im Abstimmungsraum eine Gummifugel und muß  
auf der gestifteten Faust in jedes der Wahllokale greifen,  
so daß man nicht weiß, in welches er die Kugeln fallen ge-  
lassen hat. Zur Leitung der Wahlen sind die Gerichts-  
schöffen berufen. Unter je vier Kandidaten muß sich ein  
Mann mit Hochschulbildung befinden. Die Parteivorsitz-  
nisse sind, da es sich um drei Nationen (Serben, Kroaten  
und Slowenen) handelt, sehr verwickelt. Die Sozialisten  
sind in Sozialdemokraten und Kommunisten gespalten.

### Gewerkschaftliches.

Der Beirat des Verbandes der Fabrikarbeiter

legte am 16. und 17. d. M. in Hannover. Der Vorliegende  
entwarf den Bericht. Daraus ist zu entnehmen, daß insolge  
der Beiratsprüfung die Mitgliedszahl in die zurückgegangen ist und  
daher im zweiten Quartal dieses Jahres eine Million Mark an  
Beiträgen eingenommen wurde. Erweitert der Beirat seinen  
Einflussbereich durch die Aufnahme von neuen Mitgliedern  
Verbände zur Unterstützung überwiegenen Anträgen, wurde der  
auf die Herausgabe eines besonderen Organes für die chemische  
Industrie abgesehen. Beschlossen wurde, in Berlin ein monatliches  
Blatt zu erstellen, zur Sammlung, Bearbeitung und Verbreitung  
von Material für die Beiratsarbeiten in den verschiedenen  
Gewerkschaften und sonstigen Organisationen. Der Beirat  
hat sich für die Einsetzung eines Ausschusses für die Beirats-  
arbeiten im Beirat eines Ausschusses für die Beiratsarbeiten im  
Beirat, der am 1. Dezember 1920 in der Arbeiterschaft für Lohn-  
bewegungen auf zwei Wochen herabzusetzen. Dagegen wurde ein  
Antrag angenommen, daß der Beirat, der verlangt, die Gewerkschaft  
eines Angriffes oder Unrechtes durch die Gewerkschaft  
eines Gewerkschaften, der Beiratsarbeiten des Hauptverbandes. Ein  
Antrag, die Abstimmung der Beiratsarbeiten abhängig zu  
machen, von einer Zweiteilung der Beiratsarbeiten einer Beirats-  
abteilung, was abgelehnt. Ein Antrag für die Beiratsarbeiten  
abzugeben: „Sind Mitglieder an einer Arbeitseinstellung beteiligt,  
für welche nach Lage der Verhältnisse eine andere freie Gewerkschaft  
die Verantwortung trägt, so gilt die Gewerkschaft oder  
Mitgliedschaft die es maßgebend in Verbandes aus für andere  
Mitglieder. Keinesfalls darf jede Beiratsunterstützung an andere  
Mitglieder in solchen Fällen gewährt werden, die es durch die maß-  
gebende Organisation und sonstige Beiratsarbeiten. Beirats-  
arbeiten von dem Streikrecht einer S. 4. einzuweisen, der  
Beirat, daß bei Tarifverhandlungen oder sonstigen Diskussionen die  
entscheidenden Entscheidungen anzuführen sind. Am übrigen soll die  
Regelung von Differenzen durch Verhandlungen angestrebt und  
möglichst die beidseitigen Schlichtungsanstalten in Anspruch  
genommen werden. Bei Abbruch von Tarifverträgen, soll darauf  
eingewirkt werden, daß der Beiratsarbeiten angenommen. Der Beirat  
des Verbandes der Metallgewerkschaften eingetragene wird. Ein  
Antrag, der zum Teil vorübergehend erhöhten Beiratsarbeiten,  
fung und zum ersten eine Ausweitung der Beiratsarbeiten verlangt,  
wird abgelehnt. Der Beirat stimmt dem Entwurf Thematik-Hannover,  
über den inneren Aufbau des Verbandes an. Einvernehmlich  
erklärt sich der Beirat der finanziellen Beiratsarbeiten der Beirats-  
arbeiten an dem Verband sozialer Beiratsarbeiten. Mit allen gewerkschaft-  
lichen Organisationen und sonstigen Beiratsarbeiten. Der Beirat  
des Verbandes der Fabrikarbeiter empfiehlt dem Hauptverband  
den Anschluß an die am 25. Oktober in Amsterdam neuerrichtete  
Nationale der Fabrikarbeiter zu vollziehen, und lehnt die Beirats-  
arbeiten, nach einem Anschlag an die entscheidende kommunizierende  
Internationalen, als die Organen an schließend, ab.“  
Mit dieser Entscheidung fanden die Arbeiten des Beirates  
ihre Ende.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Es ist es richtig.

Genf, 1. Dez. Der heutige amtliche Anzeiger des Kaiser-  
reiches bringt die Ergebnisse aus der letzten Sitzung des  
Rüstungs-Ausschusses. Danach wird Branting-Schweden in  
Verkehrshinrichtung mit Holland darauf hin, daß die mit  
der Abrüstung betraute Rüstungs-Kommission nicht beschließen  
könne, weil sie ausschließlich aus Militärpersonen zusammen-  
gesetzt ist.

### Lohnbau in England.

London, 1. Dez. Infolge einer Anführung der Werft-  
besitzer, daß die Wagnisse um 18 Schilling herabgesetzt  
werden sollen, hat die Arbeiterchaft den Streik erklärt, der  
Mittwoch abend beginnen wird.

### Die Abrüstung in Japan.

Amsterdam, 1. Dez. „Telegraph“ meldet, daß Japan eine  
neue Einheitsflotte und vier Schlachtschiffe baut, die gegen  
1926 fertiggestellt sein werden, ferner wird Japan 12 Kreuzer  
und 60 Torpedoschiffe bauen.

Demokratische Partei, Baronschichten und Demokratische Partei  
sammeln sich zum 2. Dezember und 3. Dezember 1921 in Halle  
zur Sitzung im Hotel „Halle“ in Halle. Druck und Verlag der Volkswirtschaft  
H. v. M. in Halle, G. v. M. in Halle.

### Vereins- Anzeiger.

Sehe unter dem Titel einvernehmlich Bekanntheit des 30. Seite  
30. Seite. Unter Verweisung auf jeden alle Beschlüsse und aus dem  
Vertrauen über, auch Todesanzeigen, gedruckt werden.

---

**Abend a. d. Erde.** Conabend den 4. Dezember, Mitglieder  
einer Mitglieder in namhafte. Der Vorstand.

**S. P. D.** „Das Verlangen der Reichsregierung“  
Lieber dieses Thema ist Genosse Bremer in Berlin in  
einer öffentlichen Volksversammlung am 2. Dezember  
1921, von 3. Dezember, abends 7 Uhr im großen Saal des „Volks-  
hauses“, Lindenstraße. Eintritt 50 Hfr.

Die amtliche Zeitung der S. P. D.







Man muss nicht wegen der unvollständigen Abrechnungspflicht...  
Die meisten Bestimmungen sind...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Einigkeitliche Herbeiführung.** Die Reichspolizei...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die 20-Pfa-Stücke.** Die Ausprägung von 20-Pfa-Münzen...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die 10-Pfa-Stücke.** Die Ausprägung von 10-Pfa-Münzen...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die 5-Pfa-Stücke.** Die Ausprägung von 5-Pfa-Münzen...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die 2-Pfa-Stücke.** Die Ausprägung von 2-Pfa-Münzen...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Herbeiführung der Reichsbankreform.**  
Der Reichsausschuss der Reichsbankreform...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Die Reichsbankreform.**  
Die meisten Bestimmungen sind...

# Eisleben.

Gen. Bremer-Berlin spricht  
Freitag, abends 7 Uhr, im Volkshaus,  
bestimmt über  
„Das Verlangen der Reichsregierung“  
Sorgt für Massenbesuch!

**Quertier.** Kraftwagenverbindungen. Der Reichsausschuss...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Zeit.** „Des Volkes Dank ist euch gemiß!“ - So wurde...  
Die meisten Bestimmungen sind...

## Provinz und Umgegend.

**Werd (Dr. Dr. „Volksmänn“)**  
Die kapitalistische Presse...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Am die Ortsgruppen der Arbeiterjugend.**  
Am Sonntag, den 12. Dezember 1920...  
Die meisten Bestimmungen sind...

**Beizels Jugend-Konferenz**  
Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht.  
2. Unsere Jugendbewegung. Ref.: Gen. A. Garbe.  
3. Neuwahl des Beizelsvorstandes und des Beizelsauschusses.  
4. Anträge.  
5. Verschiedenes.

**Am die Ortsgruppen der Arbeiterjugend.**  
Am Sonntag, den 12. Dezember 1920...  
Die meisten Bestimmungen sind...



